

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 11

Artikel: Eugen Löbels systematische Kritik am System : Kommunisten analysieren den Kommunismus
Autor: Klim, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095545>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

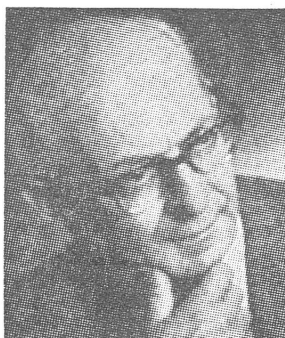
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Kommunisten analysieren den Kommunismus

Eugen Löbls systematische Kritik am System

Ein sehr bekannter slowakischer Kommunist, Eugen Löbl, und ein ebenfalls recht bekannter österreichischer Kommunist, Leopold Grünwald, haben Werke von grundsätzlicher Bedeutung in einem Buch vereinigt, das unter dem Titel «Die intellektuelle Revolution — Hintergründe und Auswirkungen des Prager Frühlings» im Econ-Verlag, Düsseldorf, erschienen ist. Hier wird von Parteimitgliedern eine Systemkritik geübt, die Nichtkommunisten häufig aus Angst unterlassen, sie könnten als Antikommunisten abgestempelt werden. Übrigens ist der Verfasser unserer nachfolgenden Besprechung selbst Mitglied der KPTsch.

Eugen Löbl hatte schon zu Beginn der dreissiger Jahre zu den führenden kommunistischen Wirtschaftstheoretikern der Tschechoslowakei gehört. Er war Präsidiumsmitglied des obersten Wirtschaftsgremiums der KPTsch und 1948 erster Stellvertreter des Aussenhandelsministers. Ende 1949 wurde er verhaftet und 1952 im Schauprozess gegen Slansky zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Seine Haftentlassung und Rehabilitierung erfolgte 1963. Zurzeit lebt er in Oesterreich. Im Econ-Verlag erschien bereits sein Werk «Geistige Arbeit — die wahre Quelle des Reichtums. Entwurf eines neuen sozialistischen Ordnungsbildes». Auch sein Buch «Svedectvo o Procese», über das wir seinerzeit berichtet hatten (Nr. 14/1968, S. 3), ist mittlerweile unter dem Titel «Die Revolution rehabilitiert ihre Kinder» auf deutsch erschienen.

Leopold Grünwald ist Gründungsmitglied sowohl der Kommunistischen Partei Oesterreichs als auch der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Als Journalist war er in mehreren Staaten Europas tätig. Seit 1946 gehört er zur Redaktion der Wiener «Volksstimme», Organ der KPOe. Er lebte mehr als zwanzig Jahre lang in der CSSR und rund zehn Jahre in der UdSSR. Er ist Autor mehrerer marxistischer Bücher.

Das Werk «Die intellektuelle Revolution» ist deshalb bemerkenswert, weil die Autoren im Zusammenhang mit der sowjetischen Besetzung der Tschechoslowakei den Kommunismus analysieren, wie er sich in der UdSSR und in den sozialistischen Ländern äussert. Dabei kommen sie zu Schlussfolgerungen, zu welchen vor ihnen eigentlich nur nichtkommunistische Kritiker des sowjetischen Sozialismus gelangt waren.

Eugen Löbl befasst sich mit den theoretischen Problemen des Kommunismus, während Grünwald seine Aufmerksamkeit vor allem den tschechoslowakischen Geschehnissen widmet. Hier wollen wir uns mit dem Gedankengang des ersten Autors befassen.

Thematik Sozialismus

Löbl weist vor allem darauf hin, dass die UdSSR mit Gewalt den eigenen sozialistischen Weg der CSSR vereitelte, obwohl auch die Oktoberrevolution von 1917 ihre ganz spezifisch russischen Merkmale aufgewiesen hatte. Es handelte sich damals um einen ganz anderen Weg als denjenigen, der aus der Theorie von Marx hätte abgeleitet werden können. Es ging hier um einen Sozialismus unter den Gegebenheiten eines asiatischen Feudalismus.

Löbl geht dann zu einzelnen Fragen des Sozialismus über und untersucht namentlich die Rolle des Eigentums. Die «Expropriation der Expropriateure» (mit diesem Ausdruck meint Marx,

dass die kapitalistischen Ausbeuter das von ihnen beschäftigte Proletariat bereits gewissermassen enteignet hatten) steht laut Löbl im Vordergrund aller sozialistischen Bewegungen. Nach dieser Konzeption macht das Privatinteresse dem Gemeininteresse Platz. An Stelle des Profits soll das gesellschaftliche Interesse treten und zum Motiv jeder wirtschaftlichen Tätigkeit werden. Wie aber steht es damit in der Praxis? Löbl schreibt:

Der monopolistische Arbeitgeber Staat

«... So ein Staat, der sämtliche Produktionsmittel besitzt, ist kein Organ der Bürger mehr, sondern vielmehr der Arbeitgeber aller Bürger... Besitzt der Staat alle Produktionsmittel, so hört der Bürger auf, Bürger im klassischen Sinne zu sein, er wird zum Angestellten des Staates und kann nur vom Staat beschäftigt werden, er sieht sich also einem monopolistischen Arbeitgeber gegenübergestellt. Der Bürger gerät also in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit vom Staat. Verweigert ihm der Staat seine Arbeit, so wird er zum Ausgestossenen und ist in letzter Konsequenz auf administrativem Wege zum Hungertod verurteilt. Das Kennzeichen dieser Konzeption des staatlich-sozialistischen Eigentums ist also nicht nur die politische, sondern auch die völlige wirtschaftliche Unterordnung des Bürgers unter die Staatsorgane. Durch die Kumulation von politischer und wirtschaftlicher Macht in den Händen des Staates wird der Bürger völlig entrechtet.»

Indessen bezieht sich, auch das sagt Löbl, die unbedingte Unterordnung des Bürgers nicht nur auf Politik und Wirtschaft, sondern auch auf Kultur und Ideologie. Für die Partei, die allein und ausschliesslich herrscht, war und ist die Ideologie bloss ein Instrument, um die Billigung aller von ihr dekretierten Massnahmen durchzusetzen. So wurde 1956 in der Enzyklopädie, welche die sowjetische Akademie der Wissenschaften veröffentlichte, die Kybernetik als «bourgeoise Pseudowissenschaft» bezeichnet, und das gesamte Gedankengebäude Einsteins galt als verwerfenswerte «bourgeoise Wissenschaft».

Im weiteren führt der Autor aus, dass zwar sämtliche Macht in der Partei zusammengefasst ist, aber die Parteimitglieder selbst nicht entscheidend mitzureden haben. Denn jede Diktatur, und folglich auch die kommunistische, hat ihrem Wesen entsprechend die Form einer Pyramide, an deren Spitze die Entscheidungen getroffen werden. So kommt es, dass die gesamte Macht in den Händen des obersten Parteigremiums, also praktisch in den Händen von einigen Personen, konzentriert war und ist.

Auch die Vorstellung, dass der Staat als Organ der Bürger eine Vergesellschaftung darstelle, erklärt der Autor als falsch, weil alle Attribute der

früheren Eigentümer auf das Parteipräsidium übergegangen sind. In dieser Situation des allmächtigen Staates und der ihm übergeordneten Parteispitze lässt sich laut Löbl überhaupt nicht von Sozialismus sprechen. Zu einer echten Vergesellschaftung sei es deshalb nicht gekommen, weil die Gesellschaft keinerlei Rechte politischer oder wirtschaftlicher Art erhalten habe. So müsse man diese Konzeption richtigerweise wohl eher ein Sowjetmodell der Wirtschaft nennen, das weder sozialistisch noch kapitalistisch sei.

Löbl kommt zur Konklusion, dass «das Sowjetmodell kein sozialistisches Modell und der Sowjetstaat trotz seines Titels kein sozialistischer Staat ist. Die Sowjetunion stellt eine Weltmacht dar, und ihre Interessen sind eben die Interessen einer Weltmacht».

Zur Tschechoslowakei führt der Autor an, dass nach der Sozialisierung der Produktionsmittel entstandene System sei nicht sozialistisch gewesen, wenn auch die Kapitalisten enteignet worden waren. An ihrer Stelle habe sich eine kleine Gruppe von Usurpatoren sämtliche Produktionsmittel und darüber hinaus sämtliche politische und wirtschaftliche Macht angeeignet. Beim späteren Demokratisierungsprozess sei es also im marxistischen Sinne um die Enteignung der neuen Eigentümer der Produktionsmittel gegangen, das heisst um die Enteignung des Parteipräsidiums und um die Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft. Mit der Restauration des Kapitalismus habe eine solche Enteignung natürlich nichts zu tun, sondern vielmehr mit der Einführung des Sozialismus.

Nicht das Eigentum ist entscheidend, sondern die Eigentumsverwaltung

Laut Löbl hat die Theorie der Vergesellschaftung mittels Verstaatlichung deshalb versagt, weil die Problematik sich nicht auf eine juristische Frage der formalen Eigentumsdeklaration reduzieren lässt. Von grundsätzlicher Bedeutung ist nämlich zuerst die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen. Aus den vorhandenen Produktionsmitteln muss der grösstmögliche Nutzen für die gesamte Gesellschaft erzielt werden. Als Organ des Volkes hat der Staat seine Pflichten zunächst der Gesellschaft, der Bevölkerung gegenüber. Er hat dafür zu sorgen, dass die Ergiebigkeit der Quellen aller Reichtümer für alle sichergestellt ist. Daraus folgt, immer laut Löbl, dass sich das Problem nicht so sehr auf die Frage nach dem Eigentum als vielmehr auf die Frage nach der Verwaltung des Eigentums zuspitzt.

Wie nun ist die Verwaltung zu gestalten, um ein optimales Resultat zu erzielen? Löbl meint, auf Grund der bisherigen Erfahrungen sei es im Rah-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Zusammenhänge

Was von den Gerüchten zu halten ist, wonach chinesische Truppen anfangs Mai einige Quadratkilometer sowjetischen Territoriums in Kasachstan besetzt hätten, weiss man nicht. Es kann wahr sein oder auch falsch, verzerrt, übertrieben oder sogar untertrieben. Um es zu wissen, müsste man frei an die Grenze fahren und sich dort nach Belieben umsehen können. Und das kann man nicht.

Indessen weiss man wenigstens, von wo die Gerüchte kommen. Sie kommen aus Moskau. Und da ist wenigstens eines sehr unwahrscheinlich, nämlich dass sie so ganz wider Wissen und Willen der massgebenden Stellen in Umlauf gebracht worden wären. Ein Regime, das etwa die Vorbereitungen zum Sturz Chruschtschews oder zur Besetzung der Tschechoslowakei bis zur Durchführung hatte verheimlichen können, um nur an zwei Hauptbeispiele zu erinnern, ein Regime, das mit der Information völlig nach seinem Belieben umgehen kann, wird sich in der Handhabung militärischer Neuigkeiten nicht so leicht von Gerüchten überspielen lassen. Was immer in Kasachstan passiert oder nicht passiert ist, es waren die Sowjets, welche Meldungen zu diesem Thema wollten, und es waren die Sowjets, welche dazu das Mittel gewählt haben, sie gerüchteweise via Auslandspresse verlauten zu lassen.

Gezielte Indiskretion über tatsächliche oder erfundene Vorfälle hat den praktischen Vorteil, dass sie eine gewünschte psychologische Wirkung erzielt, ohne dass man sich offizieller Weise jetzt schon auf die Behandlung der Sache festlegen müsste. Man kann sich Zeit lassen, die Gerüchte zu dementieren oder zu bestätigen, je nach dem es der vielleicht jetzt noch nicht ersichtliche Vorteil heissen wird. Aber natürlich wäre es für die Ausgangslage nicht

gleichgültig, ob die betreffenden Vorfälle selbst stattgefunden haben oder nicht.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen (z. B. ZB Nr. 7, «Zusammenhänge», und ZB Nr. 10, «Sinkiang und die Mongolei»), dass dort, wo das chinesische Sinkiang an die asiatischen Sowjetrepubliken stösst, die Grenze viel eher «in Bewegung» gebracht werden kann als dort, wo sie dem Amur oder Ussuri entlang verläuft, mit politisch und ethnisch beidseits gefestigtem Hinterland.

Das komische an der Sache ist nur, dass an der Grenze zwischen Sinkiang und Kasachstan viel eher die chinesische Seite vulnerabel erscheint als die sowjetische, wenn man sich freilich auch darüber klar sein muss, dass einem wichtige Indizien schon mangels Informationen völlig fehlen können. Immerhin ist es Sinkiang, das von nationalistischen Unruhen bedroht ist, und nicht Kasachstan. Immerhin sind seit sieben Jahren Flüchtlingsströme aus der chinesischen Provinz in die UdSSR gewandert und nicht umgekehrt. Immerhin wäre es ein sowjetischer Einmarsch in die «Uighurische Autonome Region», welcher mit Aussicht auf Erfolg einen Pufferstaat à la Mongolei schaffen könnte, und nicht ein chinesischer Einmarsch nach Kasachstan.

Und doch hätte nun gerade ein solcher chinesischer Einmarsch stattgefunden, wenigstens ansatzweise. Der Nutzen, den sich China davon versprechen kann, nämlich Unruhe bei den Sowjets gerade im Moment wachzuhalten, da sie schon der internationalen kommunistischen Konferenz wegen Ruhe brauchen, scheint in keinem vernünftigen Verhältnis zum Schaden zu stehen, der den Chinesen ob dieser Provokation erwachsen könnte. Denn damit, einen allfälligen Gegenschlag zu provozieren, der schliesslich mit dem Verlust des strategisch sehr

wichtigen Sinkiang (Versuchungsgelände für Nuklearwaffen, Erdöl- und Uranvorkommen) zur Folge haben könnte, wäre die Genugtuung darüber, die Sowjets wieder einmal gestört zu haben, doch ein bisschen teuer bezahlt. Im übrigen wäre eine Störaktion in Hinblick auf die Moskauer Konferenz sehr viel plausibler in einem propagandistisch gross aufgezogenen Rahmen als in einer von Peking aus völlig verschwiegen behandelten territorialen Provokation.

Umgekehrt ist es viel leichter, sich vorzustellen, dass Moskau falsche oder wenigstens masslos übertriebene Gerüchte in die Welt setzt. Peking wäre als Aggressor wieder einmal blossgestellt, und es wäre keineswegs der schlechteste Schachzug, sich diese Enthüllung «widerwillig entreissen» zu lassen, statt mit dem obligaten grossen und offiziellen Geschrei überall nur Misstrauen zu erwecken. Und Moskau würde sich dabei noch die Möglichkeit offen behalten, es nicht bei der blossen Anprangerung mit indirekten Mitteln bewenden zu lassen. Vielleicht beginnt man mit dem Aufbau der nötigen Vorwände, um dann mit der Rechtfertigung des Angegriffenen die nötigen Vorkehrungen zur Sicherstellung der angeblich bedrohten Grenze zu treffen. Vorkehrungen, die sich dann auf der chinesischen Seite der Grenze abspielen würden.

Aber, und dieser Einwand lässt sich hören, wenn dem so wäre, warum hat dann China nicht sogleich diese gefährlichen Gerüchte dementiert, wie es auf der Hand liegen würde? Nun, vielleicht gibt es dafür Gründe. Die Gerüchte sind ja nicht in der sowjetischen, sondern in der westlichen Presse erschienen, was Moskau einige Möglichkeiten zu scheinheiligen Erwidierungen geben würde. Und dann ist nicht zu vergessen, dass China grundsätzlich tatsäch-

öbl

Fortsetzung von Seite 5)

nen des Privateigentums wohl möglich geworden, mit schwierigen ökonomischen Problemen der modernen Gesellschaft fertig zu werden, doch essen sich die Probleme des Menschen, des Humanismus und der Demokratie in diesem Gesellschaftssystem nur sehr mangelhaft lösen. Bezüglich der Wirtschaft wird allerdings vermerkt, dass «die Institution des Privateigentums viele ökonomische Probleme gelöst haben, welche die sozialistische Wirtschaft noch nicht bewältigen konnte».

leine Häresie zur Ausbeutungstheorie

schliesslich gelangt Löbl zu der für einen kommunistischen Autor wohl nicht alltäglichen Meinung, nicht die Eigentumsverhältnisse an sich seien für die Epoche der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verantwortlich gewesen. Vielmehr sei die Ursache dieses Phänomens beim intellektuellen Niveau des Arbeitsprozesses zu suchen.

Das sind nur einige Gedanken Eugen Löbels. Die Fülle der behandelten Fragen kann allerdings im Rahmen eines Artikels nicht bekanntgemacht werden.

Franz Klim

Unser PRESSE-Kommentar

Ueber den Fall einer Studentenzeitung berichtete der Korrespondent M. S. des «Tages-Anzeigers»: *Ein Gespenst geht um in der braven Zähringerstadt Freiburg: Die Zeitschrift «Spectrum» des Allgemeinen Studentenverbandes «Academia» wird zum Bürgerschreck... Seit der Studentenrat... den Geschichtsstudenten Walter Leiggenner als «Spectrum»-Redaktor gewählt hat, erscheint das Blatt... mit stärkerem Linksdrall. Im Februar stand eine Sondernummer unter dem Motto «Von der Revolte gegen die bourgeoise Universität zur Revolte gegen die bourgeoise Gesellschaft». Solche Töne waren den Verteidigern der bestehenden Ordnung ein Greuel...*

Der Berichterstatter beschreibt dann mit gebührender Ironie die Reaktion der Redaktion in der bourgeoisen Presse (wo die bourgeoisen Redaktoren tatsächlich noch Meinungsfreiheit haben; man sollte das wirklich endlich einmal verbieten) und im Grossen Rat. Und kommt zum Schluss auf die grenzenlose Perfidie der gouvernemental-bourgeoisen Repressionen zu sprechen, nämlich auf eine angekündigte Regierungsabsicht:

Der Abonnementsbeitrag für «Spectrum» soll in Zukunft nicht mehr in den Semestergebühren inbegriffen sein... Der Bieler Schriftsteller Jörg Steiner schrieb einst mit bitterer Ironie: «In der Schweiz darf jeder sagen, was er will — wenn er die wirtschaftlichen Folgen tragen kann.»

Tatsächlich. Da erdreistet sich die bourgeoise Gesellschaft doch, eine Zeitschrift nicht mehr mit Zwangsbeiträgen finanzieren zu lassen, bloss weil diese Zeitschrift besagte bourgeoise Gesellschaft stürzen will. Als ob die Studenten, die auf die Zeitung verzichten wollen, sie nicht trotzdem und erst recht bezahlen müssten. Also wirklich, wenn schon die Mehrzahl der Studenten selbst reaktionär ist, ist es nicht dafür ihre minimale Pflicht, die progressive Führerschaft wenigstens finanziell zu unterstützen? Sogar diese Pflichtgebühr wollen die herrschenden Kreise abschaffen. Ja, wenn das so weiter geht, werden sie noch verhindern wollen, dass die richtige progressive Meinung länger obligatorisch ist an den Hochschulen. Das ist doch der Höhepunkt der Unterdrückung. Ein Trost immerhin in dieser Dunkelheit: Unsere grossen Zeitungen haben das skandalöse Vorgehen der bourgeoisen Behörden entlarvt, demaskiert und mit der Waffe des gehobenen Intellektes auf superbe Art satirisch bewusst gemacht. So besteht trotz allem die Hoffnung, dass